

Indiskutabel

Haß auf Donald Trump: Deutsche Medien und Politiker überbieten sich in Absurditäten

Dushan Wegner

Was braucht es, um einen Mann zu kontrollieren? Braucht es bewaffnete Armeen, die Verführungskünste einer Mata Hari oder die Verlockungen der Macht? Nun, es genügt sein kleiner Finger. Wenn jemand unseren kleinen Finger in der Zange hält, dann tun wir, was er will, dann kontrolliert er uns, und all unser Stolz wird zur Nebensache – und unsere hohe Philosophie gleich mit. Auch mancher, der sich heute für einen freien, denkenden Geist hält, wird am kleinen Finger gehalten, metaphorisch gesprochen – und zu häufig merkt er es nicht einmal!

Vergangene Woche standen im Weißen Haus die Uhren still, das Personal hielt den Atem an, und der Präsident ließ alle Termine absagen – der deutsche Weltpolitiker Heiko M. hatte über die Medien eine Botschaft an den US-Präsidenten gesandt! Im Wortlaut: „Statt Öl ins Feuer zu gießen, müssen wir versöhnen. Statt uns auseinanderdividieren zu lassen, sollten wir den Schulterschuß suchen gegenüber den radikalen Extremisten.“

Mit „radikalen Extremisten“ meinte der SPD-Mann wohl nicht die Antifa-Banden, welche die Ladengeschäfte auch schwarzer und mexikanischer US-Amerikaner zertrümmerten, die Ziegelsteine zu Aufständen transportierten und sie schwarzen Jugendlichen in die Hand drückten. Die SPD-Führung hatte sich in Person von Saskia Esken ja selbst dazu bekannt, „Antifa“ zu sein –, für einen Maas (einen Robert Habeck, eine Katja Kipping und so weiter) ist der/das „Extreme“ immer nur beim politischen Gegner zu suchen – und wenn es überhaupt nicht zu leugnen ist, daß die Gewalt aus dem eigenen politischen Lager kommt, heißt es, man „verurteile“ Gewalt, „egal von welcher Seite“.

Noch bevor Trump zum Präsidenten geworden war, stand besonders für den als „links“ geltenden Flügel der Politik fest, daß der globalisierungskritische Trump die Inkarnation des Bösen sei – unvergessen etwa Frank-Walter Steinmeiers Verunglimpfung des späteren US-Präsidenten als „Haßprediger“ –, wohlgermerkt während die deutsche Regierung lächelnd mit den Mullahs im Iran verhandelt oder Milliarden an die Türkei des Islamisten Recep Tayyip Erdogan zahlt.

Große Geister schalten bekanntlich gleich – wenige Tage nach Maasens „Öl ins Feuer“-Analogie veröffentlichte der Spiegel ein weiteres furioses Anti-Trump-Titelbild, eine offen propagandistische Zeichnung des US-Präsidenten, wie dieser ein Streichholz in die Luft hält, während im Hintergrund, durchs Fenster sichtbar, Flammen wüten und Polizisten in Schutzkleidung sich mit Demonstranten anlegen.

Niemand hätte erwartet, daß ausgerechnet die ARD aus dem großen Berliner Unisono-Chor ausscheren würde, doch der Kommentar des journalistischen Linksaußen Georg Restle verschlug selbst hartgesottenen Medienbeobachtern die Sprache. Im Ton längst vergangen geglaubter Zeiten wurde Donald Trump in den „Tagesthemen“ als „schlimmer Präsident“ bezeichnet, der angeblich seine „Ku-Klux-Klan-Gesinnung wie einen Keil in die amerikanische Gesellschaft treibt“.

Es ist eine geradezu atemberaubende Unverschämtheit, eine Orwellsche Umdrehung der Faktenlage. Ja, es gibt Polizeigewalt (und es gibt Fälle getöteter Polizisten). Ja, es gibt von Weißen getötete Schwarze (wenn auch „nur“ einen Bruchteil der durch Schwarze getöteten Weißen). In der Logik eines Maas oder Restle aber muß es der Feuerwehrmann sein, der das Feuer gelegt hat – warum sonst finden wir ihn am Brandort?

Bevor Trump zum Kandidaten wurde, galt er als Prototyp des exzentrischen, überdimensionalen und „diversen“ New Yorks. Trump wurde sogar an der Seite der schwarzen Bürgerrechtlerin Rosa Parks für seinen Einsatz ausgezeichnet. Als Präsident half er, die niedrigste Arbeitslosenquote unter Minderheiten zu erreichen. Es sind linke NGOs, ja, einige davon von Herrn Soros finanziert, die für ihre ideelle Berechtigung darauf angewiesen sind, daß die Gesellschaft gespalten ist – und gespalten bleibt.

Es sind Linke, welche den Menschen einreden, daß der Melaningehalt ihrer Haut sie trennt. Wenn zumeist weiße Antifa-Banden in von Schwarzen bewohnte Viertel einfallen und dort Gewalt befeuern, wenn Antifa-Schläger sich aufmachen, Städte zu verwüsten, und wenn Trump dann robuste Kräfte schickt, um die Zerstörung des Eigentums der Bürger zu stoppen – dann soll Trump der Böse sein? Doch halt, wir argumentieren hier ja. Und das ist bereits ein Fehler.

Es wäre verständlich, wenn es einen jucken sollte, einem Maas oder einem Restle zu widersprechen – und damit fielen wir auf sie herein. Wir gehen als wohlgesonnene Bürger davon aus, daß das Gegenüber ehrlich bemüht ist, Sinnvolles zu sagen und meist die Wahrheit. Selbst wenn die Worte nur fragmenthaft Sinn ergeben, versuchen wir, das Gesagte so zu deuten, daß es eben doch sinnvoll wird – und das wird hier zum Fehler, zur Schwäche, zum kleinen Finger. Man sagt über dumme Dinge gelegentlich, sie seien „indiskutabel“ – was Maas oder Restle sagen, ist buchstäblich indiskutabel.

Maas oder Restle zu widersprechen, das bedeutet, den Worten einen Gehalt über emotional gefärbte Wortkleckerei hinaus zuzuschreiben. Unser Drang, deren Worte zu korrigieren, es ist wie der kleine Finger, an dem wir kontrolliert werden.

Es drängt uns dazu, und doch ist es vergeudete Mühe und verlorene Zeit. „Was erlauben sich diese Gestalten?“, so fragt man sich, und die Antwort ist: Maas, Restle und Konsorten erlauben sich so viel, wie wir, die Bürger, ihnen gestatten. Es ist heute

eine der dringendsten und zugleich vornehmsten Aufgaben freier, mündiger Bürger, selbst zu verstehen, was passiert und warum – und dem Sinnlosen nicht einmal den kleinen Finger zu reichen.

17. Juni 1953

Der vergessene Volksaufstand

Dieter Stein

Am vergangenen Wochenende gingen weltweit Hunderttausende Menschen auf die Straße, um gegen Polizeigewalt und Diskriminierung von Schwarzen zu protestieren. Anlaß war der Tod des Afroamerikaners George Floyd, der am 25. Mai nach Mißhandlungen durch einen Polizisten bei seiner Festnahme ums Leben gekommen war. Aus der zunächst verständlichen Empörung schlugen umgehend linksradikale Gruppen und Kriminelle Kapital. Als Trittbrettfahrer plündern sie nicht nur in Amerika massenhaft Geschäfte und wiegeln ethnische Gruppen gegeneinander auf.

Auch in Deutschland mobilisierten linke Gruppen stark, landesweit gingen mehrere zehntausend, in Berlin alleine rund 15.000 Menschen auf die Straße – am Rande kam es ebenfalls zu gewaltsamen Ausschreitungen. Das Bemerkenswerte war nun, daß die Demonstrationen nicht abgebrochen oder aufgelöst wurden, obwohl die zu Corona-Zeiten vorgeschriebenen Abstände und Schutzmaßnahmen weitgehend ignoriert wurden. Bei jüngsten Anti-Corona-Demonstrationen wurden Teilnehmer hingegen teils äußerst brutal bei Verstößen abgeführt – davon konnte jetzt (etwa weil für die „richtige“ Sache demonstriert wurde?) nicht die Rede sein.

Indessen übt die derzeitige SPD-Führung (Saskia Esken: „Antifa – selbstverständlich!“) den demonstrativen Schulterschluß mit Linksextremisten, wird in Mecklenburg-Vorpommern mit den Stimmen von SPD und CDU mit Barbara Borchardt eine Politikerin der Ex-SED-„Linken“ zur Verfassungsrichterin gewählt, trotzdem sie Mitglied und Mitbegründerin der vom Verfassungsschutz als linksextrem eingeordneten „Antikapitalistischen Linken“ (AKL) ist.

In welchem Licht stünden diese Anbiederungen an die Antifa, wenn wir uns diese Woche nicht nur verschämt, sondern gebührend des antikommunistischen Volksaufstands am 17. Juni 1953 in der DDR erinnern würden, der blutig von sowjetischen Panzern niedergewalzt wurde und den Borchardts Parteigenossen bis zum Fall der Mauer 1989 als von westlichen Agenten inszenierten Umsturzversuch verhöhnnten.

Wir erleben statt dessen die fortgesetzte Bemühung, den als Konsequenz aus beiden auf Vernichtung gegründeten Ideologien – Kommunismus und Nationalsozialismus – entstandenen antitotalitären Konsens auszulöschen. Besonders blamabel ist dies,

wenn sich einst bürgerliche Blätter wie die Welt opportunistisch hervortun. Am Wochenende hieß es hier in einem Kommentar von Deniz Yücel: „Erträglicher ist es dort, wo es eine Antifa gibt; zivilisiert, wo sie die Oberhand hat. Keine Angst vor der Antifa!“ Der 1985 verstorbene legendäre Welt-Verleger Axel Springer sammelte durch linksextreme Bomben- und Brandanschläge auf seinen Verlag und seine Familie ausgiebig Erfahrungen in dieser Richtung. Seine verlegerischen Erben haben dies vergessen.

„Gibt noch viele Blockflöten“

Fall Borchardt: Trotz gegenteiliger Beschlüsse arbeitet die CDU auch anderswo mit der Linkspartei zusammen

Hinrich Rohbohm

Das Schweigen kann entlarvender kaum sein. Mit Barbara Borchardt (Linke) wurde eine Politikerin ins Landesverfassungsgericht von Mecklenburg-Vorpommern gewählt, die bereits 1976, zu Zeiten des DDR-Unrechtsregimes, in die SED eingetreten war, die den Bau der Berliner Mauer von 1961 als alternativlos ansieht, die Gründungsmitglied der Antikapitalistischen Linken ist, einer laut Verfassungsschutz linksextremen Organisation, deren seinerzeitiger Bundessprecher Anfang dieses Jahres auf einer Strategiekonferenz der Linkspartei gesagt hatte: „Wir müssen diesen parlamentsfixierten Abgeordnetenbetrieb schwächen. Und das machen wir damit, daß wir feststellen, was die Aufgaben einer Linken sind: Staatsknete im Parlament abgreifen. Informationen aus dem Staatsapparat abgreifen. Der Bewegung zuspielen. Den außerparlamentarischen Bewegungen das zuspielen.“

Ermöglicht wurde diese Wahl nur, weil CDU-Landtagsabgeordnete in Schwerin für Borchardt stimmten. Deren Hintergrund stellte für die Christdemokraten offenbar kein großes Hindernis für eine Eignung als Hüterin der Verfassung dar. Und erst recht nicht für die SPD. Im Gegenteil: Angeblich sollen die Sozialdemokraten sogar mit dem Ende der rot-schwarzen Koalition gedroht haben, sollte die Union Borchardt nicht mittragen. So als wäre die Linken-Politikerin eine SPD-Genossin.

Vor allem ist es jedoch ein weiterer unrühmlicher Tabubruch der CDU im Umgang mit den SED-Erben. Der Beschluß des CDU-Bundesparteitags von Hamburg, weder mit AfD noch mit Linkspartei zusammenzuarbeiten? Vergangen und vergessen. Ein Einschalten der Bundeskanzlerin in die Debatte mit der Aussage, daß dieser Vorgang unverzeihlich sei und rückgängig gemacht werden müsse? Fehlanzeige. Anders als beim FDP-Politiker Thomas Kemmerich zieht es Angela Merkel im Fall ihrer einstigen Mitschülerin auf der Erweiterten Oberschule von Templin vor, zu schweigen. Und mit

ihr schweigt die komplette Führungsriege der Landes-CDU. Ebenso das Parteipräsidium im Adenauerhaus.

„Posten, Karriere, Macht zählen mehr als Prinzipien“

Lediglich CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer kritisierte zumindest, daß die Wahl „dem Ansehen des Verfassungsgerichts“ schade. Doch „AKK“ ist eine Vorsitzende auf Abruf. Eine, die schon in Thüringen von der Kanzlerin übergangen und von der dortigen Landes-CDU ignoriert worden war, als es schließlich zur Unterstützung durch CDU-Politiker bei der Wahl von Bodo Ramelow (Die Linke) zum Ministerpräsidenten kam. Zudem hatte Thüringens CDU-Generalsekretär Raymond Walk erklärt, daß es eine punktuelle Zusammenarbeit von CDU und Rot-Rot-Grün geben werde.

Schon ein Jahr vor der Thüringen-Wahl hatte bereits der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) dafür geworben, in den neuen Bundesländern „Lösungen“ für eine Zusammenarbeit zwischen CDU und Linkspartei zu finden. Und Brandenburgs CDU-Spitzenkandidat Ingo Senftleben erklärte bereits ein halbes Jahr vor der Landtagswahl, daß er mit den SED-Erben koalieren würde. Trotz verheerender Wahlniederlage forderte er Anfang dieses Jahres die Bundes-CDU auf, ihren Parteitagsbeschuß in bezug auf die Linkspartei zu korrigieren. Die Begründung: Schließlich würde die CDU auf kommunaler Ebene ohnehin schon zusammenarbeiten.

Das tut sie in der Tat. Selbst in Ortsverbänden von Kramp-Karrenbauers Saar-CDU, wo man Kooperationen noch damit begründet, daß die Saar-Linke „sozialdemokratisiert“ sei und sich von ihren Parteiverbänden im Osten unterscheide. Im Osten Berlins, wo die CDU etwa in den Bezirken Marzahn-Hellersdorf und Lichtenberg ebenfalls mit den SED-Erben zusammenarbeitet, zählt dieses Argument nicht mehr. Im sächsischen Chemnitz wählte die dortige CDU-Fraktion einen auf dem Ticket der Linkspartei angetretenen Bewerber für das Amt des Bürgermeisters für Recht und Ordnung mit.

Die Zusammenarbeit erfolgt übrigens auch in umgekehrter Richtung. In Bad Kösen, einem Ortsteil in der Stadt Naumburg in Sachsen-Anhalt, ließ sich eine CDU-Kandidatin mit den Stimmen der Linkspartei zur Bürgermeisterin wählen. Und in Schwaan, einer 5.000 Einwohner zählenden Kleinstadt in der Nähe von Rostock, schmiedeten CDU und Linkspartei bereits 2012 ein gemeinsames Bündnis für die Bürgermeisterwahl, das erst die Schwaaner Bürger durch ihre Wahl eines ehemaligen örtlichen CDU-Vizes durchkreuzten, der von seiner Partei zugunsten einer von der Linken favorisierten Kandidatin ausgebootet worden war, als Konsequenz die CDU verlassen hatte, um dann erfolgreich als Einzelkandidat gegen das CDU/Linke-Bündnis anzutreten (JF 7/12).

„Posten, Karriere und Machterhalt sind vielen Funktionären wichtiger als die Prinzipien der eigenen Partei. Gerade bei uns im Osten gibt es ja auch noch viele Blockflöten,

die schon vor der Wende mit der SED zusammenarbeiteten“, sagte ein Insider aus der CDU Mecklenburg-Vorpommern der JUNGEN FREIHEIT.

Schon 2007 hatte der damalige Linkspartei-Spitzenkandidat in Sachsen-Anhalt, Wulf Gallert, prognostiziert: „Ich will nicht ausschließen, daß die Linke in acht bis zehn Jahren mit der CDU koalieren kann.“

Auch die Wahl einer Linksradikele zur Verfassungsrichterin mit Unterstützung der CDU ist kein Einzelfall. In Hamburg gelangte Cornelia Ganten-Lange mit CDU-Stimmen ins Amt einer Verfassungsrichterin. Die Asylrechtsanwältin unterhält Kontakte in die linksextreme Szene und zur verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK. Ganten-Lange war 2009 erstmals auf Vorschlag der Grünen ins Verfassungsgericht gewählt worden. Sie vertrat mehrfach PKK-Anhänger und linksradikale Gruppen wie etwa das Bündnis „G20 – Not welcome“ oder die Veranstalter der gewalttätigen Bambule-Protestdemos. Ganten-Lange engagierte sich zudem gegen polizeiliche Maßnahmen zur Eindämmung linker Krawalle rund um den 1. Mai 2011 und sprach 2012 auf Veranstaltungen der Roten Hilfe und des kurdischen Rechtshilfefonds Azadi, die der Verfassungsschutz beide als extremistisch einstuft. Auch auf einer Diskussionsveranstaltung der Autonomen-Hochburg Rote Flora trat sie als Rednerin auf.

Vorgänge, von denen man in der Hamburger CDU nichts gewußt haben will.

Außen schwarz, innen rot

Die Geschichte der „Black Lives Matter“-Bewegung: Der Dachverband will eine „radikale Neuausrichtung der Macht“

Björn Harms

Alle reden über sie, doch bekannt ist nur wenig. Wer oder was steckt eigentlich hinter der Bewegung „Black Lives Matter“ (BLM)? Die dezentrale Initiative sammelte sich zunächst im Sommer 2013 nach dem gewaltsamen Tod des Afroamerikaners Trayvon Martin unter dem Hashtag #BlackLivesMatter auf Twitter. Ein Jahr später gründeten die schwarzen Aktivistinnen Patrisse Khan-Cullors, Alicia Garza und Opal Tometi das Black Lives Matter Network, das mittlerweile 16 Ortsgruppen in den USA auflistet, die lose miteinander verbunden sind. Seitdem organisierten lokale Gruppen über 1.000 BLM-Demonstrationen in den USA.

Auch in Europa gibt es diese immer wieder, so auch am vergangenen Wochenende. Als Ziel gibt der Verbund auf seiner Website an, „die Vorherrschaft der Weißen

auszurotten und lokale Macht aufzubauen, um in die Gewalt eingreifen zu können, die der schwarzen Gemeinde durch Staat und Selbstjustizler zugefügt wird“. Der frühere Bürgermeister von New York City, Rudy Giuliani (Republikaner), nennt BLM „von Natur aus rassistisch“ und „antiamerikanisch“. Die Bewegung spalte die Menschen.

Mindesteinkommen für alle Schwarzen gefordert

Von seiten demokratischer Politiker, Sportstars und Hollywoodgrößen erfährt BLM jedoch große Unterstützung. Mehrere bekannte Firmen – darunter Electronic Arts, Ubisoft und Glossier – spendeten in den vergangenen Tagen sechs- bis siebenstellige Beträge an BLM.

2016 veröffentlichte die „Bewegung für Schwarzes Leben“ (M4BL), ein Dachverband aus 60 Nichtregierungsorganisationen (NGOs), der auch das Black Lives Matter Network angehört, ein umfangreiches Manifest. Darin werden Reparationen „in Form eines garantierten lebenswerten Mindesteinkommens für alle Schwarzen“ aufgrund der „fortgesetzten Entrechtung, Diskriminierung und Ausbeutung unserer Gemeinschaften“ gefordert.

In einem im vergangenen Jahr publizierten Plan „Schwarze Macht im Aufwind 2024“ fordert der Dachverband, Polizei und Gefängnisse abzuschaffen und eine „radikale Neuausrichtung der Macht anzustreben“, die „marginalisierte Schwarze in den Mittelpunkt“ rücke, aber auch „Transsexuelle und Queers, Frauen und Femmes (Lesben), derzeit und früher Inhaftierte, Immigranten, Behinderte, die Arbeiterklasse und Arme“. Zudem soll das „globale, rassifizierte, kapitalistische System“ überwunden werden.

Zur Selbstlegitimierung nutzt die schwarze Bürgerrechtsbewegung ein Narrativ, das sich auch in Politik und Medien wiederfindet. Demnach unterdrücke eine weiße, zutiefst rassistische Gesellschaft die schwarze Bevölkerung systematisch, zum Teil durch offene Gewalt. Und das nicht erst seit gestern. Schon der Tod von Trayvon Martin im Jahr 2012, der später zur Gründung von BLM führte, wurde mißbraucht, um diesen nicht belegbaren Vorwurf zu verbreiten (siehe Grafik unten). Damals hieß es, ein weißer, bewaffneter Mann habe einen unschuldigen schwarzen Highschool-Schüler erschossen.

Das spätere Urteil widersprach der Darstellung: Am 13. Juli 2013 wurde George Zimmerman – ein Latino und kein Weißer – von einer sechsköpfigen Jury für unschuldig befunden und freigesprochen. Zimmerman war Mitglied einer Nachbarschaftswache in einer „Gated Community“. Tatsächlich hatte er Martin erschossen, allerdings ging dem Ganzen eine schwere körperliche Auseinandersetzung voraus. Der Todesschütze berief sich auf Notwehr, Aufnahmen bei seiner Festnahme zeigten sein blutüberströmtes Gesicht. Das Opfer war auch kein harmloser Junge, sondern wegen Gewaltdelikten und Drogenhandels polizeibekannt. In den Medien blieben diese Hintergründe lange Zeit außen vor.

Auch bei der Blaupause der jetzigen Randalen, den schweren Rassenunruhen in Los Angeles 1992, hatte sich ähnliches abgespielt. Der Freispruch für vier Polizisten (drei Weiße und ein Latino), die den Afroamerikaner Rodney King mit ihren Schlagstöcken schwer verletzt hatten, versetzte die schwarze US-Bevölkerung vor 28 Jahren in einen Ausnahmezustand. Fünf Tage lang tobte der Mob, 53 Menschen wurden getötet, 2.382 verletzt, mehr als 12.000 Personen verhaftet.

Die Wahrheit über den Auslöser kam erst nach und nach ans Tageslicht. Demnach hatten sich die vier Beamten mit dem Kleinkriminellen King, der betrunken am Steuer saß, eine Verfolgungsjagd geliefert. Einmal angehalten, stiegen Kings zwei Mitfahrer aus dem Auto aus, legten sich wie befohlen auf den Boden und gingen ohne einen Kratzer nach Hause. King jedoch reagierte nicht. Auch eine Taser-Pistole bewirkte nach dem Ausstieg aus dem Fahrzeug nichts. King stürzte sich auf einen Beamten, der sich mit seinem Schlagstock wehrte. Der Angreifer aber tobte weiter. Der Polizei gingen die Möglichkeiten aus. Alle vier Beamte schlugen anschließend auf King ein – mit brutaler Gewalt, die auch auf Videoaufnahmen dokumentiert wurde. Vor Gericht gab man ihnen recht. Erst in einem späteren Verfahren wurden zwei der vier Beamten für schuldig befunden und zu je 30 Monaten Haft verurteilt. King geriet auch im Anschluß immer wieder mit dem Gesetz in Konflikt. Mit 47 Jahren ertrank er unter Einfluß eines Drogencocktails aus Alkohol, Marihuana, Kokain und Phencyclidin in einem Schwimmbecken.